

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Lebenslanger Benachteiligung durch Kinderarmut aktiv entgegenwirken - Bildungslandschaft am Lebensumfeld der Kinder orientiert gestalten!**

Der Landtag möge beschließen:

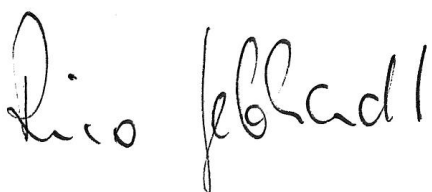
Die Staatsregierung wird aufgefordert,

mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Möglichkeiten die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen sowie organisatorische, personelle und finanzielle Voraussetzungen zu schaffen, um insbesondere die Kommunen in die Lage zu versetzen, den festzustellenden regionalen und örtlichen Unterschieden und Segregationen durch die Gestaltung einer ausgleichenden und förderlichen sozialraumorientierten Bildungslandschaft mit dem Ziel der Schaffung von gleichen Entwicklungschancen für alle Kinder und Jugendlichen aktiv entgegen zu wirken, und hierfür insbesondere die nachfolgend genannten Maßnahmen zu nutzen bzw. umgehend zu realisieren:

1. ausgehend vom Lebenslagenansatz die Schließung von bestehenden Lücken bei den verfügbaren Daten zur Kinderarmut in Sachsen und ihrer Folgen unter Berücksichtigung unterschiedlicher sozialer Merkmale wie Geschlecht, Alter oder sozialem Status einschließlich der Durchführung von Längsschnittstudien;
2. Erstellung einer regionalisierten, sozialraumorientierten Bildungsplanung, in die alle Formen und Arten, formelle wie auch informelle Bildungsräume einbezogen sind;
3. bedarfsgerechte Verstärkung der personellen Ressourcen für die pädagogische, schulische, psychologische, soziale, sozialpädagogische und erzieherische Arbeit, einschließlich der offenen und mobilen Jugendarbeit;

Dresden, den 19. September 2016

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

4. Schaffung und Bereitstellung der erforderlichen organisatorischen, personellen, sächlichen und finanziellen Mittel zur Gewährleistung eines nachhaltigen und flächendeckenden Netzes von Orten und Einrichtungen formeller Bildung wie Schulen und Kindertageseinrichtungen sowie von Orten und Einrichtungen informeller Bildung wie Jugendeinrichtungen, Clubs, Bibliotheken, Museen, Weiterbildungseinrichtungen, Musikschulen in Sozialräumen mit überdurchschnittlicher Armutsquote;
5. Verstärkung der finanziellen Ressourcen, um öffentliche Räume des alltäglichen Lebens wie Spielplätze, Grün- und Freizeiträume, Parks u.a. sowie deren Einrichtungen im Sinne des sog. Setting-Ansatzes als Rahmen und Orte für informelle Bildung nutzen zu können.

Begründung:

Die kürzlich veröffentlichten Ergebnisse einer Studie der Bertelsmann-Stiftung, welche auf Daten der Bundesagentur für Arbeit basierte, bestätigen erneut, dass Kinder- und Familienarmut in Deutschland regional unterschiedlich ausgeprägt ist.

Es wurde zudem wiederum darauf verwiesen, dass die Dauer der Einkommensarmut in einer Familie in direktem negativem Zusammenhang zu sinkenden Entwicklungs- und Bildungschancen der in den Familien lebenden Kinder und Jugendlichen steht.

Das Fehlen einer systematischen Forschung über Kinderarmut und ihre Folgen wird in diesem Zusammenhang als eine Forschungslücke beschrieben.

Aus diesen Befunden sind die Forderungen der Fraktion DIE LINKE abgeleitet. So wird davon ausgegangen, dass räumlich unterschiedlichen Ausprägungen von Armut nur durch ein Vorgehen Rechnung getragen werden kann, das am Lebensumfeld, d. h. am Sozialraum, orientiert ist.

Davon würden zudem die weniger mobilen Familien, zu denen auch Ein-Eltern-Familien und kinderreiche(re) Familien gehören, in besonderer Weise profitieren, denn – auch das wurde durch die Bertelsmann-Stiftung erneut festgestellt – gerade Kinder mit nur einem Elternteil oder Kinder mit zwei und mehr Geschwistern sind besonders von Armut betroffen.

Zur wirksamen Erhöhung der Entwicklungs- und Bildungschancen benachteiligter Kinder und Jugendlicher kann zudem beigetragen werden, indem die vielfältig vorhandenen, sowohl schulischen und vorschulischen als auch darüber hinausgehenden Räume, Orte und Möglichkeiten für Bildungsprozesse innerhalb des tatsächlichen Lebensumfeldes der Kinder genutzt werden.

Die Realisierung und Ausschöpfung dieser Möglichkeiten durch die Kommunen darf daher nicht am Mangel an verfügbaren Ressourcen scheitern. Hierfür braucht es der von der Fraktion DIE LINKE weiterhin geforderten unbürokratischen Bereitstellung der dafür erforderlichen, insbesondere personellen und finanziellen Mitteln sowie Ausstattungen für die sächsischen Kommunen durch das Land.